

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <https://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:656578-2021:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Ingelheim: Dienstleistungen von Architektur-
und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen
2021/S 248-656578**

Vorinformation

Diese Bekanntmachung ist ein Aufruf zum Wettbewerb

Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Wohnungsbaugesellschaft Ingelheim am Rhein GmbH

Postanschrift: Binger Straße 51

Ort: Ingelheim

NUTS-Code: DEB3J Mainz-Bingen

Postleitzahl: 55218

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Karina Ashoti

E-Mail: k.ashoti@wbi-wohn.de

Telefon: +49 6132/44193-57

Fax: +49 6132/76244

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <https://wbi-wohn.de/>

I.3) Kommunikation

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.dtv.de/>

I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers

Andere: Wohnungsbaugesellschaft

I.5) Haupttätigkeit(en)

Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) Umfang der Beschaffung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:

Heidesheimer Höfe Denkmäler - Objektplanung für Gebäude - Sanierungsleistung von zwei denkmalgeschützten Wohnheime

II.1.2) CPV-Code Hauptteil

71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

II.1.3) Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4) Kurze Beschreibung:

In Ingelheims Stadtteil Heidesheim plant die WBI mit den Heidesheimer Höfen ein lebendiges und attraktives Quartier. Auf dem Gelände, welches auch vom Evangelischen Diakoniewerk Zoar genutzt wird, werden in den nächsten Jahren bis zu ca. 200 moderne Wohnungen entstehen. Der Campus soll ein generationsübergreifendes, kultursensibles und inklusives Wohnen für Menschen mit und ohne Beeinträchtigung bieten. Gegenstand dieser Ausschreibung ist eine Sanierungsleistung von zwei denkmalgeschützten Wohnheime. Ziel ist die Umplanung und der Umbau der Wohnheime in Mehrfamilienhäuser mit insgesamt ca. 50 Wohneinheiten. Aufgrund des Denkmalschutzes muss die Außenhülle weitestgehend erhalten bleiben. Die Gebäude stehen in der Denkmalschutzzone im Norden des Quartiers. Für fast alle Liegenschaften des Areals wird ein neues Energiekonzept entwickelt. Die denkmalgeschützten Gebäude sollen Teil dieses Energiekonzepts werden und sind demnach planerisch in das Gesamtkonzept einzubinden.

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) **Beschreibung**

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DEB3J Mainz-Bingen

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Gegenstand dieser Ausschreibung sind Planungsleistungen der Objektplanung für Gebäude nach §34 HOAI 2021 in Verbindung mit Anlage 10, Leistungsphase 1-9. Ziel ist eine Sanierungsleistung und die Umplanung zwei denkmalgeschützte Wohnheime in Mehrfamilienhäuser mit insgesamt ca. 50 Wohneinheiten. Der Auftraggeber orientiert sich wegen der Inhalte und der Reihenfolge der zu erbringenden Leistungen sowie des Anteils der jeweiligen Leistungsphasen am Gesamthonorar an den Regelungen der HOAI. Der Auftraggeber hat für die Realisierung der Maßnahme eine städtebauliche Studie erstellen lassen. Die Vorstudie ist Bestandteil der Vergabeunterlagen. Ihre Veröffentlichung dient einerseits der Information der Interessenten, zum anderen dem Ausgleich eines Wettbewerbsvorteils des die Studie erstellenden Architekturbüros.

Die Netto-Baukosten der Maßnahme werden wie folgt angenommen:

KG 200: 492.000,00 €

KG 300: 5.166.000,00 €

KG 400: 1.230.000,00 €

KG 500: 0,00 €

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6) **Geschätzter Wert**

II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

II.2.11) **Angaben zu Optionen**

II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) **Teilnahmebedingungen**

III.1.1) **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

1. Erklärung des Bewerbers, dass durch die Person oder das Verhalten des Bewerbers oder dem Bewerber zuzurechnender Personen keine Ausschlussgründe nach § 123 GWB begründet sind.
2. Erklärung des Bewerbers, dass durch die Person oder das Verhalten des Bewerbers oder dem Bewerber zuzurechnender Personen keine Ausschlussgründe nach § 124 GWB begründet sind.
3. Erklärung des Bewerbers, dass er seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen nachgekommen ist.
4. Gehört der Bewerber einer Gruppe von Unternehmen an, hat er mit seinem Teilnahmeantrag zu erklären, inwieweit er mit den weiteren Unternehmen verknüpft ist.
5. Ist der Bewerber eine juristische Person, hat er mit seinem Teilnahmeantrag einen Handelsregisterauszug oder einen den Rechtsvorschriften seines Heimatstaates entsprechenden Nachweis vorzulegen.
6. Die vorgenannten Auskünfte sind mit dem Teilnahmeantrag in Textform zu erklären. Werden die Leistungen von einer Bietergemeinschaft angeboten, sind die Auskünfte gemäß vorstehenden Ziffern 1 bis 5 für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erklären. Will sich der Bieter bei der Leistungserbringung Dritter bedienen, sind die Auskünfte auf Verlangen auch von Dritten abzugeben.

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1. Erklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers in den letzten drei Geschäftsjahren.
2. Erklärung, ob und hinsichtlich welcher Leistungen sich der Bewerber der Kapazitäten anderer Unternehmer bedient und ihm die dann erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen.
3. Angaben des Teils des Auftrages, den der Bewerber unter Umständen an Dritte vergeben will.
4. Die vorgenannten Auskünfte sind mit dem Teilnahmeantrag in Textform zu erklären. Werden die Leistungen von einer Bietergemeinschaft angeboten, sind die Auskünfte für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erklären. Will sich der Bieter bei der Leistungserbringung Dritter bedienen, sind die Auskünfte auf Verlangen der Vergabestelle auch von Dritten abzugeben.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Der Bewerber muss über eine Berufshaftpflichtversicherung verfügen, deren Deckungssumme je Versicherungsfall für Personen-, Sach- und Vermögensschäden mindestens 2,5 Mio. EUR beträgt. Die Gesamtleistung für alle Versicherungsfälle eines Versicherungsjahres soll auf mindestens das Dreifache der je Versicherungsfall vereinbarten Decksumme begrenzt sein. Dies ist durch eine Bescheinigung über die Haftpflichtversicherung, durch eine Erklärung der Versicherung nachzuweisen oder durch eine Erklärung des Bewerbers nachzuweisen, dass die Versicherungssumme im Auftragsfall zur Verfügung stehen wird. Die geforderten Nachweise sind in Textform einzureichen.

III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1. Tabellarische Liste, in der die zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen namentlich und unter Angabe der jeweiligen Befähigung zur Berufsausübung, die auf Verlangen durch Vorlage von Berufszulassungsurkunden bzw. Studiennachweisen oder sonstigen vergleichbaren Belegen nachzuweisen ist, und unter Angabe der Berufserfahrung in Jahren genannt werden (§ 122 Abs. 2 Nr. 1 GWB).
2. Erläuterung zur Anzahl der Beschäftigten und deren Ausbildung innerhalb der letzten 3 Jahre (Führungspersonal, Ingenieure, Techniker etc.) (§ 122 Abs. 2 Nr. 3 GWB).
3. Erläuterung der technischen Büroausstattung des Bewerbers mit Nennung und detaillierter Beschreibung der mindestens verwendeten Software für den Datenaustausch und die Datensicherung.
4. Will sich der Bieter bei der Leistungserbringung Dritter bedienen, sind die vorgenannten Auskünfte auf Verlangen der Vergabestelle auch von Dritten abzugeben.
5. Die geforderten Auskünfte sind in Textform einzureichen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

I. Mindestanforderung an die Bürogröße

Das Büro muss neben dem Projektleiter über mindestens einen Vertreter mit einer leistungsbezogenen akademischen Qualifikation verfügen. Kleinen Büros wird im Hinblick darauf empfohlen, eine Bergergemeinschaft einzugehen.

II. Mindestanforderung an die Erfahrung des Bewerbers:

Der Bewerber hat seine besondere Erfahrung mit der Planung von vergleichbaren Gebäuden durch geeignete Referenzen nachzuweisen:

Es sind mindestens 3 Referenzobjekte anzugeben, die die nachfolgenden Bedingungen erfüllen:

- Die Referenzen müssen mit der ausschreibungsgegenständlichen Maßnahme vergleichbar sein
- Die Referenzen müssen hinsichtlich der Komplexität vergleichbar sein
- Für alle Referenzen ist eine Projektbeschreibung zu erstellen, die eine Beurteilung der Qualität der Planung ermöglicht.
- Hinsichtlich aller Referenzen ist darzustellen, inwieweit die im Rahmen der Referenzobjekte erbrachten Leistungen, von den zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen erbracht worden sind.
- Zu allen Referenzen hat der Bewerber den Namen, die Anschrift und die Kontaktdaten des Referenzgebers mitzuteilen. Für die Referenzangaben kann die vorbereitete Liste (siehe Referenzbogen als Anlage des Teilnahmeantrags) genutzt werden.

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Zugelassen ist, wer nach den Architektengesetzen oder Ingenieurgesetzen der Länder berechtigt ist, die Berufsbezeichnung Architekt zu tragen, oder nach den EG-Richtlinien, insbesondere der Richtlinien für die gegenseitige Anerkennung der Diplome berechtigt ist, in der Bundesrepublik Deutschland als Architekt tätig zu werden. Der Bewerber oder der örtliche Partner muss nach § 64 LBauO Rheinland-Pfalz bauvorlageberechtigt sein. Juristische Personen sind als Auftragnehmer zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe einen entsprechenden Architekten benennen.

III.2.3) **Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) **Beschreibung**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) **Verwaltungsangaben**

IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang von Interessenbekundungen**

Tag: 21/01/2022

Ortszeit: 13:00

IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**

Deutsch

IV.2.5) **Voraussichtlicher Beginn der Vergabeverfahren:**

07/03/2022

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

1. Interessierte Unternehmen werden aufgefordert ihr Interesse mitzuteilen (Interessenbekundung).

Interessenten müssen Ihr Interesse bei der genannten Kontaktstelle per E-Mail (k.ashoti@wbi-wohn.de) bekunden. Der Interessent trägt das Risiko der fristgerechten Übermittlung der Interessensbekundung.

2. Der Auftraggeber fordert alle Unternehmen, die auf dieser Vorinformation eine Interessensbekundung übermittelt haben, zur Bestätigung ihres Interesses an einer weiteren Teilnahme auf (Aufforderung zur Interessensbestätigung). Mit der Aufforderung zur Interessensbestätigung wird der Teilnahmewettbewerb eingeleitet und die unter den III.1.1) - III.1.3) genannten Erklärungen sind abzugeben und Nachweise zu führen. Nur diejenigen Unternehmen, die fristgerecht per E-Mail bei der oben genannten Kontaktstelle ihr Interesse bekundet haben, erhalten Zugang zu den vollständigen finalen Vergabeunterlagen und werden zur Abgabe eines Teilnahmeantrages (Interessensbestätigung) aufgefordert. Weitere/ Sonstige Unternehmen sind nicht zur Teilnahme am Verfahren berechtigt. Die Aufforderung zur Interessensbestätigung beinhaltet alle notwendigen Informationen zur Erstellung des Teilnahmeantrages. Die Abgabe der Interessensbestätigung/ Teilnahmeantrags ist ausschließlich auf elektronischem Weg über die Ihnen dann mit Aufforderung zur Interessensbestätigung mitgeteilte eVergabe-Plattform zulässig. Die Abgabe der Interessensbestätigung/ Teilnahmeantrags per Post, Fax oder E-Mail ist nicht zulässig. Allein die Interessensbekundung kann per Mail eingereicht werden. Nicht fristgerecht eingereichte Interessensbestätigungen/ Teilnahmeanträge werden ausgeschlossen und im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt.

3. Der Auftrag wird im Verhandlungsverfahren ohne gesonderte Auftragsbekanntmachung vergeben.

4. Die Vergabestelle behält sich vor, im weiteren Verfahren von der Möglichkeit des §51 VgV, die Zahl der geeigneten Bewerber, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, zu begrenzen, Gebrauch zu machen. Der Auftraggeber wird dazu in der Aufforderung zur Interessensbestätigung die von ihm vorgesehenen objektiven und nicht diskriminierenden Eignungskriterien für die Begrenzung der Zahl der einzuladenden Bewerber angeben.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland-Pfalz Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Ort: Mainz

Land: Deutschland

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Von Bieter erkannte Verstöße der vergebenden Stelle gegen das geltende Vergaberecht hat der Bieter bei der vergebenden Stelle innerhalb von 10 Kalendertagen zu rügen. Erklärt die vergebende Stelle, dass Sie einer Rüge nicht abhelfen will, hat der Bieter binnen einer Frist von 15 Tagen bei der unter VI.4.1) genannten Stelle ein Nachprüfungsantrag zu stellen.

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
17/12/2021